

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 25 (1998)
Heft: 3

Artikel: Bericht der Kommission Brunner : für eine international aktiverne Schweiz
Autor: Tschanz, Pierre-André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910507>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bericht der Kommission Brunner

Für eine internationale aktiver Schweiz

Die Schweiz soll zur Sicherung des Friedens beitragen, sich auf internationaler Ebene an der Bekämpfung bestimmter Gefahren beteiligen und ihre Sicherheitspolitik laufend der Bedrohungslage anpassen. Dies sind die wichtigsten Empfehlungen der Kommission Brunner.

Die sogenannte Kommission Brunner (siehe Kasten) hatte die Aufgabe, die generellen Leitlinien für die Sicherheits- und Militärpolitik der Schweiz nach dem Jahr 2000 zu erarbeiten. Bereits vorher hatte die Landes-

Pierre-André Tschanz

regierung in ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik den Veränderungen Rechnung getragen, die durch den Fall des Eisernen Vorhangs und den Zusammenbruch der Sowjetunion ausgelöst worden waren. Im Bericht zur Sicherheitspolitik von 1990 und im Bericht zur Aussenpolitik von 1993 hat sie ihre neuen Konzepte dargelegt. Der Bericht der Kommission Brunner stellt eine direkte Fortsetzung dieser beiden Dokumente dar. Sein Ziel ist es, neue Impulse zur Verwirklichung dieser Konzepte zu vermitteln, insbesondere nachdem die Schaffung eines Schweizer Blauhelm-Kontingents 1994 gescheitert ist.

Die Kommission hält einleitend fest, dass man nicht mit Bestimmtheit voraussagen kann, wie sich die internationale Lage in den nächsten 25 Jahren entwickeln wird. Dann konstatiert sie, dass die Schweiz sich heute in einem erweiterten Sicherheitsraum befindet und dass die Gefahren, denen sie wie alle Länder begegnen müsse, von organisierter Kriminalität, Terrorismus, illegaler Verbreitung nuklearer, biologischer, chemischer und elektronischer Waffen sowie den Migrationsbewegungen ausgehen.

Bewaffnete Konflikte zwischen umliegenden Ländern oder Angriffe der-

selben gegen die Schweiz seien gegenwärtig höchst unwahrscheinlich. Heute, so das Fazit der Kommission, stehe die länderübergreifende Zusammenarbeit im Vordergrund. Das beste Mittel für die Schweiz, ihre vitalen Interessen zu verteidigen, bestehe darin, diese Zusammenarbeit zu stärken.

Alte Widerstände überwinden

In ihrem wohlverstandenen Interesse sollte die Schweiz ihre alten Widerstände gegen jedes europäische und internationale Engagement überwinden. Sie sollte ihre Sicherheit nicht mehr bloss mit der Aufrechterhaltung einer autonomen militärischen Verteidigung wahren, sondern auch durch die Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn und den entsprechenden Organisationen und Bündnissen. Dazu gehören die Europäische Union, die Nato, die Uno, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Partnerschaft für den Frieden oder der Europarat.

Ein besonderes Gewicht sollte auf die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste und auf die Bereiche Satellitenaufklärung und Luftraumüberwachung gelegt werden. Die Kommission empfiehlt eine Annäherung an den europäischen Sicherheitsraum und eine Neuorientie-

rung der Armee und ihrer Ausrüstung auf neue Prioritäten, ohne auf ein militärisches und industrielles Know-how zu verzichten, das jederzeit reaktiviert und zukünftigen Bedrohungen und Technologien angepasst werden kann.

Solidarität vor Ort

Was die nichtmilitärischen Bedrohungen betrifft, empfiehlt die Kommission in erster Linie, die Migrationsfolgen zu mildern. Dies kann mittels internationaler Anstrengungen in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, Katastrophenhilfe, Schutz der Menschenrechte und Stabilisierungsmassnahmen sowie durch die Beteiligung an vorbeugenden Massnahmen gegen wirtschaftliche Druckversuche, einschliesslich der Korruption, geschehen.

Die Schweiz sollte ihre Solidarität vor Ort und nicht bloss verbal oder finanziell kundtun. Zu diesem Zweck sollte sie ein Berufs- und Milizkorps schaffen, das speziell ausgebildet und ausgerüstet ist, um Einsätze bei Hilfs- und Friedensmissionen und zum Schutz der Zivilbevölkerung zu leisten. Die gegenwärtigen Gelb- und Blaumützen sollten zur Selbstverteidigung ebenso bewaffnet sein wie das neue «Swiss Solidarity Corps».

Flexibel und pragmatisch

Die Kommission will eine Grundsatzdiskussion für oder gegen die bewaffnete Neutralität vermeiden. Sie empfiehlt eine Fortsetzung des gegenwärtig verfolgten Kurses einer flexiblen und pragmatischen Auslegung der Neutralität, die als Mittel zur Wahrung unserer Interessen und nicht als Selbstzweck betrachtet wird. Die Neutralität dürfe keinesfalls Verpflichtungen hemmen, die sich aus unserer Würde als verantwortlicher Staat oder aus unseren Sicherheitsbedürfnissen ableiteten, wird im Bericht unterstrichen.

Die Armee sollte laut der Kommission Brunner besser an die heutigen gesellschaftlichen Realitäten angepasst werden. Für gewisse Aufgaben sei sie zudem durch professionelle oder halbprofessionelle Verbände zu ergänzen, etwa Spezialisteneinheiten für Aufgaben, die Spitzentechnologie erfordern, Interventionskorps für riskante Aufträge und das «Swiss Solidarity Corps». Für den Nachrichtendienst wird schliesslich ein Sicherheitsrat vorgeschlagen, der direkt dem Bundespräsidenten unterstellt wäre.

Die Kommission Brunner



Präsidiert von Edouard Brunner, der ehemaligen grauen Eminenz der schweizerischen Aussenpolitik und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), wurde die Studienkommission für strategische Fragen im August 1996 vom Chef des damaligen Eidgenössischen Militärdepartements Adolf Ogi eingesetzt. Sie setzte sich aus 41 Personen aus den verschiedensten Bereichen (Politik, Wirtschaft, Militär, Medien) zusammen. Ihr Bericht fand die Zustimmung aller Mitglieder mit Ausnahme von Nationalrat Christoph Blocher, Präsident der Zürcher SVP.